97. Inwieweit sind die den örtlichen Gerichtsstand begründenden Thatsachen zu beweisen?

III. Civilsenat. Ur. v. 11. März 1892 i. S. B. (N.) w. M. (Bekl.)
Rep. III. 288/91.

I. Landgericht Bückeburg.

II. Oberlandesgericht Celle.

Kläger fordert von dem in K. wohnhaften Beklagten die Rückzahlung von Darlehen, welche er ihm in St., also innerhalb des Bezirkes des Prozeßgerichtes erster Instanz, gegeben haben will. Über die vom Beklagten vorgeschützte Einrede der örtlichen Unzuständigkeit hat abgesonderte Verhandlung und Entscheidung stattgefunden. Das Berufungsgericht hat St. als Erfüllungsort, das angerufene Landgericht B. nach §. 29 C.P.D. als zuständig angesehen, wenn bewiesen werde, daß die Hingabe der Darlehne in St. erfolgt sei. Es hat den vom Beklagten bezüglich eines Teiles der Darlehne angenommenen Eid für ihn durch Beweisbeschluß dahin normiert, daß er die Summen, welche Kläger ihm als Darlehn gegeben haben wolle, nicht in St.

erhalten habe, und, nachdem Beklagter den Eid geleistet, insoweit die Klage wegen Unzuständigkeit des Gerichtes abgewiesen. Gegen diesen Teil des Urteiles hat Kläger Revision eingelegt und in der mündlichen Verhandlung beantragt, unter Aufhebung des angefochtenen Urteiles nach dem Antrage des Klägers in der Berufungsinstanz zu erkennen.

Das Reichsgericht hat die Revision zurückgewiesen aus folgenden Gründen:

... „Daß nicht in allen Fällen die kompetenzbegründenden Thatfachen nachgewiesen werden müssen, folgt für den Gerichtsstand des Vertrages und mehrere andere besondere Gerichtsstände schon daraus, daß diese an sich nur dann begründet sein würden, wenn das der Klage zu Grunde liegende Rechtsverhältnis wirklich besteht, sodaß der Nachweis der Zuständigkeit regelmäßig mit dem Beweise in der Hauptsache zusammenfallen würde. Das kann nicht die Absicht des Gesetzes sein, da es in §§. 247 flg. C.P.O. die Zuständigkeit des angegangenen Gerichtes als eine der Prozeßvoraussetzungen auführt und dem Beklagten die Befugnis gewährt, abgeordnete Verhandlung über diese Vorbedingung des Prozesses zu verlangen. Für den Gerichtsstand des Vertrages ergibt es sich aber mit Notwendigkeit ferner daraus, daß nach §. 29 C.P.O. auch die negativen Feststellungsklagen in diesem Gerichtsstande erhoben werden können, mit ihnen aber geltend gemacht wird, daß das Vertragsverhältnis, also auch ein Erfüllungsort, nicht bestehe. Man wird daher im Sinne des Gesetzes mindestens die Einschränkung machen müssen, daß der Gerichtsstand auch dann begründet ist, wenn für den Fall des Bestehens des Anspruches die kompetenzbegründenden Thatfachen vorliegen.

Die Unhaltbarkeit jener Ansicht hat nun in Theorie und Praxis vielfach zu der gerade entgegengesetzten Annahme geführt, daß in allen Fällen die Behauptung der kompetenzbegründenden Thatfachen genügen müsse. Daß auch diese Ansicht nicht ausnahmslos richtig sein kann, liegt auf der Hand. Während das Gesetz gewisse Vorbedingungen für die Zuständigkeit des angegangenen Gerichtes bestimmt erfordert und dem Kläger die Auswahl des Gerichtes durchaus nicht völlig freistellen will, würde diese Ansicht dahin führen, daß der Kläger durch die frivollsten, auf ihre Richtigkeit nicht zu prüfenden und für die Sache selbst unerheblichen Thatfachen dem Beklagten die Einrede

der Unzuständigkeit entziehen und ein nach der Absicht des Gesetzes unzuständiges Gericht zuständig machen könnte.

Die dem Geiste des Gesetzes entsprechende Auffassung muß daher zwischen jenen beiden Ansichten liegen, und es kann sich nur fragen, in welchen Fällen und bis zu welcher Grenze die bloße Behauptung der kompetenzbegründenden Thatfachen genügt, und wo die Verpflichtung, sie zu beweisen, beginnt. Ohne weiteres leuchtet ein, daß in denjenigen Fällen, in welchen der Nachweis der Zuständigkeit mit dem Nachweise, daß der Anspruch sachlich begründet sei, völlig zusammenfällt, von einem selbständigen Nachweise der Zuständigkeit nicht die Rede sein kann, also die Behauptung genügen muß, — daß dagegen die Thatfachen, welche, von dem geltend gemachten Anspruch ganz unabhängig, nur kompetenzbegründend sind, z. B. der allgemeine Gerichtsstand, der Gerichtsstand des Aufenthaltsortes, in den meisten Fällen auch derjenige des Vermögens, als selbständige Prozeßvoraussetzungen nachgewiesen werden müssen. Schwieriger gestaltet sich die Sache da, wo die kompetenzbegründenden Thatfachen mit dem Ansprüche selbst irgendwie zusammenhängen, so bei dem Gerichtsstande der unerlaubten Handlung, der geführten Verwaltung und namentlich demjenigen des Vertrages. Aber auch in diesen Fällen kann der Rechtsgrundsatz kein anderer sein als in jenen klar zu Tage liegenden, mag auch die praktische Anwendung, wie regelmäßig in den auf der Grenze liegenden Fällen, größere thatsächliche Schwierigkeiten bereiten. Auch in ihnen wird man also prüfen müssen, ob im einzelnen Falle die kompetenzbegründenden Thatfachen zugleich notwendige Thatbestandsmomente des Anspruches selbst sind. In solchem Falle ist entweder der Anspruch begründet und damit zugleich die Zuständigkeit festgestellt, oder er ist unbegründet, und es erfolgt Abweisung der Klage; obgleich die bloße Behauptung hier genügt, ist eine Verurteilung des Beklagten durch ein unzuständiges Gericht ausgeschlossen und damit das Interesse des Beklagten gewahrt. Würde dagegen der Anspruch sachlich begründet sein können, ohne daß zugleich die Zuständigkeit des Gerichtes klargestellt wird, so sind die die letztere begründenden Thatfachen, soweit sie außerhalb der notwendigen Voraussetzungen des Anspruches liegen, nachzuweisen, da dann aus der Liquidität des Anspruches noch nicht folgt, daß er bei diesem Gerichte erhoben werden dürfte.

Entscheidend ist also, ob die kompetenzbegründenden Thatfachen zur Individualisierung des Anspruches gehören, sodaß ihre Änderung im Laufe des Prozesses die Einrede der Klagänderung begründet, dagegen ihre Änderung in einem neuen Prozesse bei im übrigen unverändertem Thatbestande die Einrede der Rechtskraft ausschließt. Dann steht und fällt die Zuständigkeit mit dem Anspruche selbst; ein selbständiger Nachweis derselben ist nicht erforderlich.

Im vorliegenden Falle ist nun vom Berufungsgerichte ohne erkennbaren Rechtsirrtum thatsächlich festgestellt, daß St., falls dort die Auszahlung der Darlehne erfolgt sein sollte, aber auch nur dann, nach der hieraus und aus den sonstigen Umständen zu entnehmenden Absicht der Kontrahenten von diesen als Erfüllungsort gewollt ist. Die Auszahlung in St. ist daher für die Zuständigkeit des Gerichtes entscheidend, dagegen völlig unerheblich für die Erfüllungspflicht des Beklagten, welche vielmehr auch dann besteht und zur Verurteilung in diesem Prozesse führt, wenn die Auszahlung der Gelder, welche Kläger als Darlehn gegeben, Beklagter aus einem anderen Rechtsgrunde erhalten haben will, an einem anderen Orte, insbesondere dem Wohnsitz des Beklagten, wie dieser behauptet, erfolgt sein sollte. Denn über die Identität der Darlehne ist unter den Parteien kein Streit, und Kläger fordert nur Rückzahlung überhaupt, nicht Rückzahlung in St. Ob dann, wenn letzteres beantragt wäre, ein anderes Resultat sich ergäbe, bedarf hier keiner Entscheidung, wie überhaupt die Anwendung der aufgestellten Regel auf den einzelnen Fall von dessen konkreter Lage, also davon abhängig sein wird, ob der Erfüllungsort Individualisierungsmerkmal der den Gegenstand des Streites bildenden Verpflichtung ist, sodaß ein anderer Erfüllungsort den Anspruch zu einem von dem eingeklagten sachlich verschiedenen machen, nicht bloß bezüglich desselben Anspruches eine plus petitio loco vorliegen würde.

Das gewonnene Resultat wird auch nicht gehindert durch die bisherige Rechtsprechung des Reichsgerichtes in Entsch. desselben in Civilf. Bd. 3 S. 382, Bd. 4 S. 381, Bd. 7 S. 310, Bd. 10 S. 350; Bolze, Pragis Bd. 3 Nr. 1037, Bd. 4 Nr. 1091, Bd. 7 Nr. 864. In der letztgenannten Entscheidung, welche der Revisionskläger mit Unrecht für sich anführt, scheint vielmehr der I. Civilsenat von ganz denselben Grundsätzen auszugehen, und die übrigen, soweit sie auch im Resultate

voneinander abweichen, sind wesentlich durch die konkrete Sachlage bedingt, ohne auf einem abweichenden Rechtsgrundsatz zu beruhen. Dies gilt auch von der Entscheidung des II. Zivilsenates Bd. 3 S. 382; obwohl hier bestimmt ausgesprochen ist, daß für den Gerichtsstand des Vertrages die Behauptung des Erfüllungsortes genüge, so ist dies nur eine ausdrücklich als solche bezeichnete beiläufige Bemerkung, auf welcher die nur den Gerichtsstand des Vermögens betreffende und für diesen Beweis erfordernde Entscheidung nicht beruht.“ . . .